

Kolonialfrage, Völkerbund und die Mission von Lord Halifax.

Die außenpolitische Aussprache im englischen Oberhaus.

London, 19. November. Das englische Oberhaus legte am Donnerstag nachmittag seine außenpolitische Aussprache fort, die von dem Oppositionsliberalen Lord Crewe eröffnet wurde. Lord Crewe begrüßte es, daß gerade Lord Halifax nach Deutschland gefahren sei, denn er sei auf Grund früherer Erfolge der Geeignetheit. Es sei von äußerster Wichtigkeit, so fuhr er fort, aufzuklären, welches die wirklichen Tatsachen der kommunistischen Drohungen seien.

Es sei festgestellt worden, daß die sowjetrussische Regierung und die Dritte Internationale eine Weltrevolution beabsichtigen, um die kommunistische Weltanschauung im Auslande zu verbreiten.

Crewe erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß ihm früher ein führender Sowjetrusse gesagt habe, daß das, was sich in Sowjetrußland ereignet habe, sich in absehbarer Zeit auch in anderen europäischen Ländern ereignen würde, und zwar wahrscheinlich mit denselben blutigen Methoden Moskaus.

Der Redner wandte sich dann der Frage der Kolonien und Mandate zu und erklärte, daß ein Deutscher nur sagen könne: „Alles schön und gut. Ihr habt unsere Kolonien nicht annektiert. Ihr habt euch lieber gerührt, daß Ihr nicht all diese Tausende von Quadratmeilen zu eurem Gebiet hinzusetzen wolltet. Aber welches ist der Unterschied, soweit es uns betrifft, zwischen der Besetzung dieser Kolonien als Mandatsgebiete oder als annektierte Gebiete, abgesehen davon, daß die Mandatsgebiete Freihandelsgebiete sind?“ Crewe gab zu, daß er auf diesen Standpunkt keine wirklich gute Antwort wisse. Er meinte weiter, daß Unterredungen zwischen Einzelpersonen — Ministerpräsidenten, Außenministern, führenden Mitgliedern verschiedener Regierungen — leicht irgendeinen Verdacht erregen könnten. Die Natur dieser Angelegenheit bedinge es allerdings, daß viel vertraulich behandelt und vertraulich bleiben müsse.

Der Konservative Lord Stonehaven erklärte einleitend, daß er den Ansichten, die Samuel und Glasgow in der gestrigen Sitzung über die Frage der deutschen Kolonien geäußert hätten, nicht beipflichten könne. Zurückhaltung sei jetzt notwendig, um Halifax in seiner wichtigen Mission zu unterstützen. Zur Frage des Völkerbundes erklärte das konservative Oberhausmitglied, daß solange Deutschland und Italien abseits stehen, der Völkerbund keinen Erfolg haben könne. Außerhalb Europas könne er ohne die Vereinigten Staaten und Japan ebenfalls nicht erfolgreich arbeiten.

Das Verdienst zweier großer Männer.

Lord Stonehaven wandte sich dann den Verhältnissen in Deutschland und Italien zu und erklärte, daß man diese Länder nur an Ort und Stelle studieren könne. Man werde dort nämlich eine solche Umformung der Bevölkerung feststellen, daß man dann auch die erstaunliche Autorität verstehen könne, die in diesen beiden Ländern von ihren Führern ausgehe.

Man müsse daran denken, daß sowohl Adolf Hitler wie Mussolini ihre Ämter übernommen hätten, als ihre Länder sich am Rande des Chaos befunden haben und fast vom Bolschewismus überrannt worden wären. Sie hätten dem einzelnen Staatsbürger wieder die Selbstachtung zurückgegeben, die Ordnung wiederhergestellt und zu einem großen Umfange auch den Wohlstand. Sicherlich hätten sie auch das Vertrauen des einzelnen in dem Staat wiederhergestellt. Er halte es daher nicht für überraschend, daß diese Männer den Einfluß gewonnen hätten, über den sie heute verfügen. Der Grund ihres Wirkens liege darin, daß sie große und mutige Patrioten seien und ihren beiden Ländern den Gedanken des Patriotismus eingepflanz hätten.

Stonehaven stimmte abschließend der Anregung Santegs zu, daß man Artikel 16 aus der Völkerbundsverfassung entfernen solle. Die augenblickliche Grundlage des Völkerbundes sei überhaupt falsch; er sollte auf einer verhältnismäßig Basis neu errichtet werden.

Der Labour-Lord Noel Buxton erklärte zur Kolonialfrage, daß die erste Wunde, die man Deutschland zugefügt habe, die sei, daß man die Wegnahme der Kolonien mit der Erklärung verbunden habe, daß Deutschland nicht in der Lage gewesen sei, über Eingeborene zu herrschen. Er glaube, daß man diese Erklärung niemals Deutschland gegenüber hätte abgeben dürfen. Die zweite Verbitterung sei die gewesen, daß die Wegnahme der Kolonien mit einem Bruch des Versprechens verknüpft gewesen sei, das die 14 Punkte Wilsons enthalten hätten. Noel Buxton verteidigte sodann den deutschen Kolonialanspruch wirtschaftlich wie auch politisch und wandte sich sodann den Einwänden zu, die englischerseits gegen eine Rückgabe der Kolonien erhoben werden.

Dann behandelte das Labour-Mitglied des englischen Oberhauses die so genannte tschechoslowakische Frage. Das Wachsen der Henlein-Partei beruhe auf der Verzweiflung der deutschen Minderheit an einem erfolgreichen Zusammenarbeiten mit der tschechoslowakischen Regierung. Bezeichnenderweise stellt das Labour-Mitglied im englischen Oberhaus dann fest, daß, wenn die Beschwerden der deutschen Minderheit unbehoben bleiben — und das geschehe bereits 19 Jahre — man von diesem Volk nicht erwarten könne, daß es ewig warte. Die Regierung müsse sich klar über die Gefahren sein, die in diesen Möglichkeiten lägen, und er hoffe, daß sie sich darum bemühe, ihre Ansichten den beteiligten Kreisen nahezubringen.

Die Oberhaus-Aussprache wurde abgeschlossen durch die längere Rede des Luftfahrtministers Swinton. Der Minister erklärte zu Anfang unter Bezugnahme auf das Rüstungsprogramm, daß England um des Friedens willen stark sein müsse. Er behandelte dann die Frage des Völkerbundes, den er als „nicht geradezu ideal“ bezeichnete.

Sich der Reise von Lord Halifax zuwendend, erklärte der Minister, daß jeder in England Lord Halifax' Besuch in Berlin begrüße. Er sei in der Tat der ideale Mann für diesen Zweck als Dolmetscher englischen Lebens und englischer Gedanken. Zwei Dinge wolle er über diesen Besuch sagen: 1. der wirkliche Wert eines Besuches dieser Art sei der, daß man ihn nicht

als außerordentliches und außergewöhnliches Ereignis ansehe; 2. dürfe man nicht zu viel von ihm erwarten. Der schlechteste Dienst, den man einem solchen Unternehmen leisten könne, sei, einen solchen privaten Besuch und eine derartige private Diskussion mit dem Glanze der Publizität zu umgeben und in jedem Stadium zu fragen: Was hat er getan, wie weit hat er Erfolg gehabt, was ist das Ergebnis? Wenn auf diese Weise Besuche stattfänden, würden sie mehr schaden als nützen. „Ich würde zufrieden sein, wenn als Ergebnis von Besuchen dieser Art gesagt würde, wir haben uns offen und frei ausgesprochen. Wir verstehen einander jetzt viel besser.“ Alle internationalen Beziehungen ebenso wie alle menschlichen mühen aber aus dem gegenseitigen Verstehen, aus dem Vertrauen erwachsen.

Als leitende Grundsätze der englischen Außenpolitik nannte Lord Swinton dann die Erhaltung des Friedens

und die Beilegung von Streitigkeiten durch friedliche Mittel, weiter die Förderung freundschaftlicher Beziehungen mit anderen Nationen, die Annahme der internationalen Gesetze, der Schutz britischen Lebens und britischer Interessen. Die englischen Kolonialmärkte ständen jedem zu gleichen Bedingungen offen und in den Mandatsgebieten herrsche völliger Freihandel. Auch bezüglich der nicht selbst regierenden Kolonien habe England erst kürzlich klargestellt, daß es alles tun wolle, um Schwierigkeiten bezüglich der Beschaffung von Rohstoffen zu beizugehen und an der Entwicklung des internationalen Handels mitzuwirken.

Am Anschluß an Lord Swinton setzte sich Lord Dillon noch in einer Rede dafür ein, daß Deutschland Kolonien in Mandatsform gegeben würden.

Am Schluß der Aussprache zog Lord Allen seinen ursprünglichen Antrag zurück.

Englisch-amerikanische Handelsvertrags-Verhandlungen.

Solidarität der „großen Demokratien“.

Premierminister Chamberlain teilte im Unterhaus auf eine Anfrage mit, daß die Diskussionen um die Erreichung einer allgemeinen Grundlage für die Aushandlung eines englisch-amerikanischen Handelsvertrages jetzt auf einem Punkt angelangt seien, wo die beiden Regierungen mitteilen könnten, daß sie Verhandlungen für ein solches Abkommen ins Auge faßten. Chamberlain fügte hinzu, daß das einen entschiedenen Fortschritt in Richtung eines Abkommens zwischen den beiden Regierungen bedeute.

Außenminister Hull gab am Donnerstag die Absicht, mit England Verhandlungen über einen Handelspakt zu beginnen, bekannt. Er erklärte, das Problem, ob das Ottawaer Abkommen den Eintritt Amerikas in das System der Vorzugszölle innerhalb des britischen Empire gestatte, sei nunmehr befriedigend gelöst. Wenn die amerikanischen Interessen innerhalb der nächsten vier Wochen ihre Wünsche angemeldet hätten, könne man daran gehen, mit England über Herabsetzung oder Bindung einzelner Zollpositionen zu verhandeln. Außer mit Kanada bestche mit keinem anderen Dominion zur Zeit ein Handelspakt, und es sei auch keiner in Aussicht genommen.

Vor dem Auswärtigen Ausschuss der französischen Kammer berichtete am Donnerstagnachmittag Außenminister Delbos über die internationale Lage und betonte u. a., daß Frankreich seiner Politik treu bleiben würde, aber nicht allein diese durchführen werde. Frankreichs Aktion bleibe darüber hinaus mit derjenigen der beiden Demokratien Englands und Amerikas solidarisch.

Mit politischem Hintergrund?

London, 19. November. Für alle Londoner Morgenblätter ist die gestrige Unterhaus-Erklärung Chamberlains und die gleichzeitig von Staatssekretär Hull in Washington abgegebene Mitteilung, daß englisch-amerikanische Handelsvertragsverhandlungen bevorstehen, die große Meldung des Tages. Die Blätter erwarten, daß nach weiteren vorbereitenden Verhandlungen, die eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen anfangs nächsten Jahres beginnen können.

Godza verteidigt die Prager Minderheitenpolitik.

Sudetendeutsche Klarstellungen.

Prag, 18. November. Im Staatshaushaltsausschuss des Abgeordnetenhauses ging Ministerpräsident Godza im Rahmen eines ausführlichen Exposees auch auf die Minderheitenpolitik der Regierung ein und stellte sie wie bei früheren Gelegenheiten in das günstigste Licht. Der Ministerpräsident will schon in dem vielzitierten Beschluß vom 18. Februar einen Beweis für eine Vereinfachung der Regierung zur Zusammenarbeit mit den Minderheiten erblicken. Die Beschwerden der Sudetendeutschen über ihre Zurückhaltung im kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben glaubte der Ministerpräsident damit entfräften zu können, daß er auf Beispiele hinwies, bei denen der Anteil der Deutschen an der staatlichen Fürsorge und Hilfe den Prozentsatz übersteige, der ihrem ziffernmäßigen Verhältnis entspreche. Dr. Godza verteidigte ferner die Ansicht, daß die Aufnahme von Deutschen in den Staatsdienst deshalb noch nicht in dem dem nationalen Schlüssel entsprechenden Prozentsatz erfolgt sei, weil „in einigen Abteilungen für gewisse Kategorien überhaupt wenig Bewerber mit entsprechender fachlicher und persönlicher Eignung, und für andere Kategorien überhaupt kaum Bewerber aus den Reihen der nationalen Minderheiten vorhanden gewesen seien.“

Es gebe jedoch, so fuhr Dr. Godza fort, auch weitere Sektoren, in denen die Teilnahme der Minderheiten dem nationalen Verhältnis bisher nicht vollständig entspreche. Dr. Godza sieht das als eine „natürliche Folge dessen an, daß die Deutschen sich innerlich nicht mit der unabänderlichen Tatsache der tschechoslowakischen Staatlichkeit abfinden wollten, und ein großer Teil von ihnen Jahre hindurch den tschechoslowakischen Staat boykottiert haben, wofür die Tschechen und die Regierung keine Verantwortung übernehmen können.“ Das Minderheitenverhältnis werde sich um so rascher bessern, je überzeugender die Minderheiten ohne innere Vorbehalte an der positiven Mitarbeit im Staate teilnahmen. „Unsere Minderheitenpolitik“, so schloß Dr. Godza, „begnügt sich nicht mit feierlichen Erklärungen und Vasten, da sie den Minderheiten eine weit wertvollere Garantie bietet. Die Garantie liegt in dem freien Entschluß der tschechoslowakischen Demokratie, anderen Deutschen und zugleich auch unseren Magyaren und Polen all das zu garantieren, was ihnen das Vaterland zu geben vermag mit der einzigen Einschränkung, daß die Minderheitenbevölkerung und ihre Politik dauernd einen positiven Beitrag zu unserer gemeinsamen Staatlichkeit leisten.“

„Die Sudetendeutsche Partei hat sich zu aktiver, positiver und konstruktiver Arbeit bekannt. Unsere Bestim-

und daß mit dem Abschluß der Verhandlungen in der ersten Hälfte des Jahres 1938 zu rechnen ist. Die gesamte Presse hebt in langen Ausführungen und Kommentaren ihre Freude über diese Ankündigung hervor.

Die Blätter betonen insbesondere die Auswirkungen, die ein solcher Handelsvertrag nicht nur für die Weltwirtschaft, sondern auch in weiterem Sinne für die politische Lage haben könnte. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Während man in London die Ansicht horte, daß dem Stand der Verhandlungen noch keine politische Bedeutung beizumessen sei, glaube man nichtsdestoweniger,

daß dem Abschluß eines Wirtschaftsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und England wichtige politische Ereignisse folgen würden.

Der politische Korrespondent des Blattes erklärt, in politischen Kreisen messe man dem Wert einer festen politischen amerikanischen Zusammenarbeit mehr Bedeutung bei, als den erwarteten Handelsverträgen.

Der marxistische „Daily Herald“ rührt eifrig die Trommel und spricht davon, daß das Handelsabkommen eine Demonstration dafür sein könne, daß „die Demokratien der Welt noch einer erfolgreichen Zusammenarbeit fähig seien und daß sie sich der Bande bewußt seien, die sie verknüpfen“. Die liberale „News Chronicle“ haut in die gleiche Kerbe.

Die „Daily Mail“ vertritt hier eine andere Ansicht. Sie schreibt, in gewissen Kreisen gebe man der Ansicht, daß eine neue und wertvolle Verständigung zwischen den beiden großen angelsächsischen Nationen eine politische Deutung, nämlich die, daß die beiden Hauptdemokratien der Welt sich zusammenschließen gegen die nichtdemokratischen Länder, keine Ansicht über das beabsichtigte Abkommen könne abwegiger sein, als diese. Dieses Abkommen sei nicht bestimmt, neue Grenzlinien in der Welt zu ziehen, sondern — um die Worte des belgischen Königs zu gebrauchen — dazu beizutragen, eine bessere Ordnung im Wirtschaftsleben herbeizuführen, die für die ganze Menschheit von Interesse sei.

„Mund und Mission sehen wir darin, dem Völkerfrieden in der Tschechoslowakei zu dienen und für das Sudetendeutschtum das primitivste Lebensrecht und die Gleichberechtigung zu erkämpfen durch eine großzügige, gerechte und dauerhafte Lösung des für den Frieden Europas bedeutsamen tschechoslowakischen Nationalitätenproblems. Wir sind mit unseren 1,2 Millionen Wählerstimmen berechtigt, für das Sudetendeutschtum zu sprechen. In der Politik ist es jedoch gefährlich, den politischen Gegner für dumm und naiv zu halten, auch wenn man mit seiner Politik nicht einverstanden ist. Es hat auch keinen Zweck mit uns nur immer Schale halten zu wollen. Wir sind, wenn auch noch jung, doch längst politisch reif. Der tschechischen Seite sei gesagt, daß es keine vollkommene Vernichtung des Sudetendeutschtums gibt, weil unsere Volkstreu und unsere Zukunftshoffnungen auf unser Lebensrecht tief und unerlöschlich sind. Auf der tschechischen Seite herrscht noch die alte Generation während auf deutscher Seite in unserer großen nationalen Bewegung bereits die zweite Generation angetreten ist. Die tschechische Politik geht noch im alten Geiste mit dem System der Exministerien und den lebenslänglichen Exministern. Auf tschechischer Seite wird bewußt in vielen Fällen unsere Kritik als Haß und Hochverrat gekennzeichnet.“

Das ist allerdings eine allzu einfache Formel, die sich selbst die Gegenpartei selbst disqualifiziert. Methoden, wie sie sich Dr. Georg Beneš, ein Neffe des Staatspräsidenten, angeeignet hat, in dem er beantragte, in den Grenzgebieten Grund- und Hausbesitz zu beschlagnahmen, verschlagen unnötig viel Porzellan. Gerade die tschechische Seite müßte bei ihrer jungen Tradition seit Ende des Weltkrieges für den Freiheitskampf des Sudetendeutschtums das größte Verdienst haben.

Heute dulden es die tschechoslowakischen Politiker und Abgeordneten, daß jedermann von der Straße aus ungefragt Irredentist und Hochverräter schimpfen darf. Wir werden für die Tschechen solange Irredentisten und Hochverräter sein, als man uns auf der tschechischen Seite nicht braucht. An dem Moment, wo man uns aus irgendeinem Anlaß brauchen wird, ist das vergessen und begraben und spielt keine Rolle mehr.

* Der Tote auf dem Rutschpad. Aus Gósdorf (Kreis Altenburg) wird gemeldet: Auf der Straße nach Waldenburg traf ein Kraftfahrer ein Pferdefuhrwerk an, das den Verkehr behinderte. Da der Kraftfahrer nicht vorüber konnte, hielt er seinen Wagen an und stieg aus, um den Rutschpad zu stellen. Der Kraftfahrer fand aber einen Bewußtlosen vor. Der Arzt konnte nur noch Tod durch Herzschlag feststellen.

